

und fordern die Beendigung dieser Aggressionsakte, die Verwirklichung des Genfer Abkommens von 1954 über Indochina sowie die Achtung des Rechtes des Volkes in Südvietnam, selbständig und ohne Einmischung von außen seine inneren Angelegenheiten zu regeln.

Sie betonten, daß die bewaffnete Intervention in der Dominikanischen Republik, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des kongolesischen Volkes und anderer neu befreiter Länder, die Verschärfung der Krise im Nahen und Mittleren Osten und in einigen anderen Gebieten ebenfalls eine ernste Gefahr für den Weltfrieden darstellen.

In diesem Zusammenhang halten es beide Seiten für erforderlich, daß alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte einer solchen Politik, die von der Position der Stärke ausgeht, einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen und alle Anstrengungen zur Erhaltung und Stärkung des Friedens in der Welt unternehmen. Damit würde gleichzeitig die konsequente Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz gesichert werden.

Beide Seiten sind übereingekommen, daß Anstrengungen und Maßnahmen für eine dauernde Garantie der europäischen Sicherheit und eine friedliche Entwicklung der europäischen Völker unbedingt notwendig sind. Das ist möglich auf dem Wege der internationalen Entspannung durch konkrete Maßnahmen zur Abrüstung, der Beseitigung der Elemente des kalten Krieges, der Verständigung der europäischen Staaten über die Abrüstung, der Schaffung von atomwaffenfreien Zonen sowie über weitere konstruktive Initiativen und Maßnahmen, die auf dieses Ziel gerichtet sind. In diesem Sinne unterstützen sie die Einberufung einer **Konferenz** der europäischen Staaten über die Sicherheit in Europa.

Beide Seiten haben bei ihren Besprechungen über die Situation in Europa festgestellt, daß die ständige und wachsende Aktivität der militaristischen und revanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die bestehenden Grenzen revidieren wollen und nach der Mitverfügungsgewalt über Atomwaffen streben, das Haupthindernis für die friedliche Entwicklung und die Sicherheit der europäischen Völker darstellt. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit, sich zusammen mit den anderen Friedenskräften gegen diese Gefahr einzusetzen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien widersetzen sich entschieden dem Zugang der Bundesrepublik Deutschland zu Kernwaffen, in welcher Form es auch